Gasversorgungssicherheit

Branchenvertreter diskutieren aus gegensätzlichen Positionen

Ist die Versorgung Deutschlands mit Erdgas in Zukunft gesichert? Darüber gehen die Meinungen auch in der Gasbranche selbst auseinander, wie am Mittwoch auf der Gas-Tagung von Euroforum in Berlin deutlich wurde. „Seit der Zerschlagung des integrierten, funktionierenden Systems der Gasversorgung im Namen der Deregulierung, gibt es eigentlich keine Verantwortlichkeit mehr für die Versorgungssicherheit“, sagte Oliver F. Hill, Generalbevollmächtigter Handel der Leipziger VNG Verbundnetz Gas AG. Früher hätten langfristige Verträge, funktionierende Netze und Speicher aus einer regionalen Hand die Sicherheit gewährleistet, heute müssten durch die Entflechtung von Handel, Netzbetreiber und Speicherunternehmen staatliche Regulierungen eingeführt werden. Zudem gefährde auch die europäische Politik gegenüber Russland die Versorgungssicherheit.

Die Erweiterung der Ostsee-Gas-Pipeline Nord Stream sei noch umstritten und der geforderte gemeinsame Gaseinkauf der EU mache die Entflechtung (Unbundling) sinnlos. Daher sieht Hill momentan fast keinen Wettbewerb auf der Lieferantenseite. Allerdings seien die die Energieterminals in Europa für eine LNG-Belieferung inzwischen ausreichend ausgebaut, es gebe genügend freie Kapazitäten auch ohne einen Terminal-Neubau in Wilhelmshaven, der zwei bis drei Milliarden Euro kosten würde. Hill unterstützt das Ergebnis des Monitoring-Berichts vom Bundeswirtschaftsministerium, wonach Diversifizierung der Lieferanten, Transportwege und langfristige Lieferverträge die Versorgung gesichert werden könne. Er sagte, man habe Sicherheit gegen Wettbewerb ausgetauscht.

Auch Peter Klingenberger, Sprecher der Geschäftsführung der E.ON Gas Storage GmbH kritisierte, dass nur noch Preisoptimierung zähle. Die Versorgungssicherheit aus der Vorratshaltung in Speichern werde als Systemwert wird nicht mehr bezahlt. Stattdessen müssten sich diese einzig aus den Preis-Spreads am Markt finanzieren. Wenn diese Spreads - wie gegenwärtig - zu klein seien (1-2 Euro), machten Speicherbetreiber Verluste und müssten schließen. „Aktuell sind bereits vier Prozent der Kapazität in Deutschland betroffen. Besonders alte Speicher mit wenig Volumen werden stillgelegt“, mahnte Klingenberger.

„Nicht zu viele Änderungen auf einmal einführen“

Der Speicherbetrieb habe sich in den letzten Jahren enorm flexibilisiert: Es gebe kein einfaches Füllen im Sommer und Leeren im Winter, stattdessen werde nach den Marktpreisen ein- und ausgespeichert. Das führt nach Ansicht des E.ON-Managers zu Engpässen wie etwa im harten Winter 2012. Damals liefen Gaskraftwerke der E.ON auf Diesel, weil das Gas nicht durch gefrorene Rohre kam. Um solchen Notsituationen vorzubeugen, müsse es Maßnahmen geben, die vom Wirtschaftsministerium jetzt schon festgelegt werden, forderte Klingenberger.

Der aktuelle Füllstand von 17,2 Milliarden Kubikmeter entspreche nur 77 Prozent der deutschen Kapazität und das bei Beginn des Winters. Das bedeute, dass bei einem langen, späten Winter das Gas nicht physikalisch schnell verfügbar ist. Klingenberger plädierte dafür, ähnlich wie alle anderen europäischen Nachbarn, wenigstens teilweise eine strategische Reserve anzulegen, da Deutschland komplett importabhängig sei.

Christoph von dem Bussche, Geschäftsführer der Gascade Gastransport GmbH widersprach: „Ein gut funktionierender Markt, der wirtschaftlich attraktiv ist für alle Marktteilnehmer, kann genug Sicherheit bringen und regeln“, sagte er auf der Konferenz in Berlin. Allerdings sieht er auch, dass politische Rahmenbedingungen wie die Ukrainekrise das sichere Image des Erdgases ins Wanken bringen können. Als Netzbetreiber ist er für einen Leitungsausbau, als Alternative für die zwei Pipelines aus Russland durch Weißrussland und die Ukraine hält er Nord Stream durch die Ostsee für sinnvoll.

Die Netze hätten sich als neue Teilnehmer am Markt gut etabliert. Bussche mahnt aber, nicht zu viele Änderungen auf einmal einzuführen, sondern lieber erst die Effekte der aktuellen zu beobachten. Dann sei möglicherweise weniger Regulierung erforderlich, als gedacht.

Händler sollen laut des Gascade-Managers schon Verantwortung für die Versorgungssicherheit wahrnehmen. Wie die Sicherheit realisiert wird, ob durch Speicher oder zusätzliche LNG-Lieferungen, solle jedem selbst überlassen werden, argumentierte Bussche. Eine schnelle Stabilitätsreserve sollte aber wenigstens so groß sein, dass man im Falle eines Pipelineverschlusses aus politischen Gründen wie in der Ukrainekrise fünf Tage Zeit hat, um andere Lösungen herbeizuführen. Europäische Solidarität funktioniere nur, solange sie nicht Probleme im eigenen Land verursache, sagte Bussche. Andererseits sei der europäische Handel schon so eng verzahnt, dass eine Abstimmung in der EU unabdingbar sei.

Susanne Harmsen

MBI/suh/aul/2.12.2015